

Brasilien: Bolsonaro und Militärs nutzen die Krise

Zum Zeitpunkt, da der Text abgeschlossen wurde (15. Juni 2020), hat sich die Zahl der Verstorbenen in Brasilien auf 44.118 und die Zahl der an Covid-19 Infizierten auf 891.556 erhöht. Allein in den 24 Stunden zuvor wurden 729 Tote registriert. Besonders betroffen ist die Nordostregion mit bisher 50 Prozent aller Todesfälle, gestorben an COVID-19. Im Landesinneren sind die Gesundheitsbehörden nicht in der Lage, die steigende Anzahl von Infizierten zu versorgen. Verheerende Auswirkungen hat die Pandemie im Staat Pará (Amazonas), einem Bundesstaat mit wenig medizinischen Einrichtungen und einer sozial stark anfälligen Bevölkerung.

Das Virus trifft die Arbeitenden

Das große stolze Land Brasilien befindet sich in einer katastrophalen Lage. Mit der Regierung eines verantwortungslos agierenden Präsidenten Jair Bolsonaro, der von Beginn der Corona-Krise an diese als „kleine Grippe“ abtat, steht das Land vor dem Abgrund, der sich vor allem vor den breiten Volksmassen auftut. Präsident Bolsonaro lehnt vorbeugende Maßnahmen ab und diskreditiert alle, die sich ihm dabei in den Weg stellen. Einige Gouverneure von Bundesstaaten widersetzten sich offen den „Anweisungen“ aus Brasília und führten in ihren Bundesstaaten Beschränkungen ein, um die Ausbreitung des Virus zu stoppen. Umfragen ergaben, dass sich 60 Prozent der Bevölkerung für den Lockdown aussprachen, 36 Prozent sind dagegen. Entsprechend ihrer sozialen Position sprechen sich 67 Prozent gegen Beschränkungen aus. Denn Menschen, die in informellen Arbeitsverhältnissen leben, sind darauf angewiesen, ihre kleinen Einkommen auf der Straße, im fliegenden Handel oder durch Gelegenheitsarbeiten abzusichern. Für eine freie Bewegung sprechen sich 35 Prozent aus, wobei diese Zahl vor Kurzem noch bei 24 Prozent lag. Eine Erklärung dafür ist in der Tatsache zu suchen, dass sich das Virus vor allen an der Peripherie der Ballungszentren und im Landesinneren ausbreitet und dort, wo die Menschen kaum Gelegenheit haben, „zu Hause“ zu bleiben oder auf „Abstand“ leben zu können. Neben fehlendem „Zuhause“ gibt es keine Masken und keine Tests. Eine kleine Minderheit, eben das eine Prozent der Bevölkerung, kann sich isolieren, ohne dabei viel zu verlieren. Unterstützt werden Banken, die innerhalb von zwei Monaten einen Gewinn von 38,8 Prozent verzeichneten.

Die von der Regierung versprochenen einmaligen Hilfen von 600 Reais pro Person reichen nicht aus, um das tägliche Leben abzusichern, bzw. den Lohnausfall zu kompensieren. Vielfach erreichte diese „Hilfe“ nicht einmal die Betroffenen. Den Banken allerdings hilft der Staat mit 1,2 Billionen Reais.

Im internationalen Vergleich liegt Brasilien, die Infizierten und Toten betreffend, nun hinter den USA. Nach Angaben der Stiftung Getúlio Vargas bewegt sich der R-Wert um 3,5, d.h. jede infizierte Person kann mehr als drei weitere anstecken.

Täglich kommen 65.000 neu Infizierte hinzu, die Mortalität liegt bei sechs Prozent. Brasilien wird zum Epizentrum der weltweiten Pandemie des Covid-19. Das öffentliche Gesundheitswesen ist überfordert. Private Kliniken und Krankenhäuser lehnen die Behandlung von weniger bemittelten Patienten ab.

Das Virus trifft in Brasilien auf eine gespaltene und fragmentierte Gesellschaft. Die Arbeitslosigkeit steigt, Familien müssen sich verschulden, Unternehmen schließen.

Das bisherige Fazit: Brasilien hat eine verantwortungslose Regierung, bzw. einen verantwortungslosen Präsidenten. Das Virus trifft auf eine verwundbare Gesellschaft in tiefer sozialer Ungleichheit.

Durchsetzung des ultraneoliberalen Modells

Schon vor der Corona-Krise wurde nach dem Amtsantritt Bolsonaros die rechte Offensive eingeleitet. Es begann mit einer Ergänzung der Verfassung, die eine Einschränkung von 20 Prozent der Ausgaben für das Bildungswesen vorsieht. Es folgten eine Arbeitsrechtsreform und eine Rentenreform, die in beiden Fällen Verschlechterungen für die Bevölkerung mit sich brachten: Lohnkürzungen und arbeitsrechtliche Einschränkungen. Besonders negativ im Hinblick auf die eingetretene Corona-Krise sind die Einschränkungen des „Einheitlichen Systems für Gesundheit“. Nach Anweisung Bolsonaros wurden das Kultur- und Arbeitsministerium aufgelöst. Den Universitäten wurden finanzielle und personelle Einschränkungen auferlegt.

Die FUNAI (Nationales Institut für die Angelegenheiten indigener Völker) wurde an das Familienministerium angegliedert und ihm die Vollmacht genommen, den Schutz indigener Bevölkerungen zu garantieren. Das Institut für Umwelt und Naturressourcen (IBAMA) wurde mit einem Erlass zur Sicherung von Gesetz und der Ordnung direkt dem Militär unterstellt. Damit erhält das Agrobusiness Rechte auf Landzuwachs, Holzunternehmen und Bergwerksunternehmen erhalten freie Hand für die Ausbeutung des Amazonasgebietes. Besonders letzteres bedeutet, dass sie in indigene Gebiete vordringen können und diese verdrängen. Viele indigene Völker sind schutzlos den Eindringlingen und dem Virus ausgesetzt. Durch die Förderung des Agrobusiness werden die in Brasilien so wichtigen landwirtschaftlichen Familienbetriebe eingeschränkt.

Das Vorgehen der Bolsonaro-Regierung hat Methode. Denn Wirtschaftsminister Guedes nutzt die Pandemie, um eingeleitete Privatisierungen zu vollenden und andere zügig nachzuziehen. Weitere Deregulierungen werden folgen. Guedes ist Betreiber dieses ultraneoliberalen Modells; er erklärte: „Wir werden Geld machen, indem wir öffentliche Gelder den großen Unternehmen geben, und würden Geld verlieren, wenn wir es kleinen Unternehmen geben.“ Er machte unmissverständlich klar, dass er die *Banco do Brasil*, die brasilianische Nationalbank, privatisieren will, die Anfang 2020 einen Gewinn von 3,3 Mrd. Reais erzielte. Guedes agiert gegen das Land und für den Markt.

Nach Meinung oppositioneller Kräfte nutzen Bolsonaro und Guedes die Corona-Krise, um dieses Modell „in aller Ruhe“ durchzusetzen. Denn die Gesellschaft ist

gelähmt und Gegenkräfte können leicht entwaftet werden, wenn sie „leichtfertig auf die Straße gehen.“ Das ultraliberale Modell hat die Unterstützung der Militärs, der Polizei und der konservativen evangelikalischen Kirchen.

Risse im System

Aber es gibt Risse im System. So strebt die extreme Rechte danach, ihre Positionen in der Exekutive zu festigen, und will alle sozialen Probleme als Polizeiangelegenheit behandeln. Andere Sektoren wollen ihren Einfluss in den Bundesstaaten, den Munizipien, in der Legislative und der Judikative nicht verlieren.

Gegenwärtig zeichnen sich drei Varianten der weiteren Entwicklung und der Streitpunkte innerhalb des herrschenden Lagers ab:

- Es kommt zu einer Übereinkunft zwischen den rivalisierenden Sektoren,
- der Bolsonaro-Clan behält die Oberhand oder
- Bolsonaro erleidet eine Niederlage.

Die *New York Times* bringt am 10. Juni die Befürchtung zum Ausdruck, dass „in Brasilien ein Militärputsch droht, währenddessen sich die Todeszahlen durch das Virus erhöhen.“ Denn – so die Zeitung – Bolsonaro und seine Unterstützer drohen mit einem militärischen Eingreifen, um ihre Macht zu sichern. Das Problem aber sei, dass die Militärs nie einen Putsch gegen eine rechte Regierung durchgeführt hätten. Deshalb streben sie im Rahmen dieser Regierung nach mehr autoritärem Staat. Sie bremsen nicht einen verantwortungslosen Präsidenten, sondern „bolsonarisieren“ sich und erfinden immer mehr „innere Feinde“.

Mit dieser politischen Ausrichtung wird Brasilien in ein reines Rohstoffexportland verwandelt und unter Bolsonaro zu einem „Mafiastaat“ degradiert, der vom Militär und der Polizei gestützt wird. Die Militärs scheinen nicht gewillt zu sein, sich gegen die Machenschaften Bolsonaros zu stellen, der zudem die Militärs mit einer Militärrentenreform und der Erhöhung ihrer Gehälter zufriedengestellt hat.

Mit der hohen Zahl von Militärs in Regierungsposten wollen sie an den Großgeschäften des Kapitals partizipieren, neue Technologien einführen, neue militärische Ausrüstungen erwerben (beginnend bei nukleargetriebenen Unterseebooten bis zu Nuklearanlagen) und vielleicht auch den Bau einer Atombombe planen. Und das alles befürwortet durch die USA und unter ihrem Schutz.

Es ist vorauszusehen, dass die Militärs ihre Tentakel im öffentlichen Leben weiter ausstrecken und Bolsonaro insoweit „einhegen“ werden, dass er seine wirren Ideen weiterhin verbreiten kann, ohne ihn in seinem Vorgehen gegen das Volk zu bremsen. Allerdings ist das ein gefährliches Spiel, denn mit dem Präsidentenerlass zur weitgehend freien Verfügung über Waffen und Munition im privaten Besitz ermöglicht er den sog. „Milizen“, die von einem seiner Söhne dirigiert werden, sich zu verstärken und seinen Anhängern, sich zu bewaffnen.

Ein Vorfall in der Hauptstadt Brasília verstärkt die Vermutung, dass extremrechte Kräfte, die Gruppe der „300 do Brasil“ [300 aus Brasilien], die ein Camp auf dem Platz der „Esplanade der Ministerien“ in Brasília errichteten, mit einer militanten Aktion gegen das Oberste Gericht und das Abgeordnetenhaus ihre Unterstützung für Bolsonaro zum Ausdruck brachten. Die Anführerin der Gruppe, Sara Winter, äußerte nach Informationen der Tageszeitung *Folha de Sao Paulo*, dass sie über Waffen verfügen. Die Polizei löste das Camp auf und sowohl der Justizminister als auch der Präsident verurteilten die Aktion. Diese muss jedoch im Zusammenhang mit Erklärungen des Spezialassessors des Außenministeriums, Filipe Martins, eines engen Vertrauten Bolsonaros, gesehen werden, dass – wie in sozialen Medien verbreitet – Bolsonaro den Krieg gegen die Institutionen weiterführen werde, sollte das Oberste Gericht Untersuchungen zu den Vorfällen in Brasília veranlassen.

Der Minister des Sekretariats der Regierung, General Luiz Eduardo Ramos, nahm in einem Interview Bolsonaro in Schutz und erklärte, dass Bolsonaro nie einen Militärputsch in Brasilien verteidigt habe, fügte aber hinzu, dass die Opposition „besser den Bogen nicht überspannen“ solle. Das bezog er auf Verfahren, die im Obersten Wahlgericht laufen und die die Rechtmäßigkeit des Wahlergebnisses von 2018 anfechten.

Vertreter der Opposition betrachteten die Erklärung General Ramos' als offene Drohung, um die Opposition zum Schweigen zu bringen.

Zusammengefasst erscheint damit die erste Variante die wahrscheinlichste zu sein: Eine Übereinkunft im Sinne des ultraliberalen Programms unter „Vormundschaft“ der Militärs. Damit wird die Tendenz zu restriktiveren, autoritäreren Maßnahmen, gegen die Demokratie verstärkt.

Widerstand und Mobilisierungen

Linke Kräfte haben es in dieser Situation sehr schwer, weil sie sich strategisch in der Defensive befinden. Aber vor allem, weil es unter Corona-Bedingungen schwierig ist, Menschen zu mobilisieren. Aber die gehen dennoch auf die Straße, sie protestieren nicht nur gegen die für die Mehrheit immer unerträglicher werdende soziale Lage, sondern auch gegen Rassismus und Rassenhass, besonders nach dem Tod des US-Amerikaners George Floyd. Mehr als 80 Organisationen und Parteien, unter ihnen die *PT - Partido dos Trabalhadores* [Arbeiterpartei], die in den vergangenen Jahrzehnten mit Luiz Inácio Lula da Silva und Dilma Rousseff zwei Staatspräsidenten stellte, haben beim Obersten Gericht eine Anklage gegen Bolsonaro zur Einleitung eines Amtsenthebungsverfahrens eingebracht. Begründet wird der Antrag mit den Verstößen Bolsonaros gegen die Menschenrechte und Verstößen gegen die Verfassung. Unter der Losung: „Weg mit Bolsonaro und Mourao“ [Fora Bolsonaro e Mourao] (Hamilton Mourão ist ein ehemaliger General und Vizepräsident Brasiliens) wurde eine landesweite Kampagne gestartet, die von linken Parteien, den Bewegungen *Frente povo sem medo* [Front Volk ohne Angst], der *Frente Brasil Popular*, der Gewerkschaftszentrale (CUT), der Landlosenbewegung (MST) und der Nationalen Union der Studenten (UNE) getragen wird. Im Zustandekommen einer

übergreifenden Bewegung des Volkes wird die Möglichkeit gesehen, eine Katastrophe zu verhindern.

Ein Ausweg kann nur sein: „Ein Lockdown mit sozialer Gerechtigkeit“ oder wie es inzwischen bedeutende Teile der Bevölkerung, insbesondere aber linke Parteien, einschließlich der PT, fordern: „Weg mit Bolsonaro und Mourao“.

Achim Wahl, geb. 1936, Politikwissenschaftler/ Lateinamerikanist, früherer Leiter des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Sao Paulo, Mitarbeit im Gesprächskreis Frieden der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.